



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Bürokratierückbau in der Gewerbeordnung und Aufhebung von Berichtspflichten

Aktuell seit 09.06.2026 16:50:05

Angegeben von:

Wirtschaftsjunioren Deutschland e.V. (R004592) am 09.06.2026

Beschreibung:

Weitergehende Streichung überflüssiger Regulierungen und Meldepflichten, die über den vorliegenden Gesetzentwurf hinausgehen; insbesondere Abschaffung der parallelen Intrastat- und ZM-Meldepflicht, der SV-Vorausmeldung (§ 28a SGB IV), der Papierrechnungspflicht gegenüber öffentlichen Einrichtungen, der UVV-Doppelprüfung nach erfolgter Hauptuntersuchung (DGUV Vorschrift 70) sowie der Dokumentationspflicht für Gefährdungsbeurteilungen an Standard-Büroarbeitsplätzen (§ 5 ArbSchG i.V.m. ArbStättV). Als grundlegende Stellungnahme wird der Stimmungsbarometer der jungen Wirtschaft 2026 beigefügt – eine Publikation auf Basis einer Mitgliederbefragung (n=928), die politische Forderungen der WJD zu den genannten Regelungsvorhaben enthält.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/3740 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zum Bürokratierückbau in der Gewerbeordnung und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz sowie anderer Rechtsvorschriften zur Aufhebung von Berichtspflichten

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (6)

Digitalisierung [alle RV hierzu]

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

Handwerk [alle RV hierzu]

Industriepolitik [alle RV hierzu]

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (4)

GewO [alle RV hierzu]

ArbSchG [alle RV hierzu]

ArbStättV 2004 [alle RV hierzu]

UStG 1980 [alle RV hierzu]